

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postgebühren. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 19. August 1920

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 20 Pf. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkauf- und alle sonstigen Reklamenaufträge 60 Pf. die Zeile. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 92

Zum Streit um die Organisationsform der Betriebsräte

In der Nummer vom 10. Juli haben wir den „Kampf um die Betriebsräte“ behandelt. Einerseits wurden dabei die Bestrebungen zur Errichtung selbständiger Betriebsräte erörtert, wie sie von Richard Müller, Däumig, Malzahn usw. (Betriebsrätezentrale in der Münzstraße zu Berlin) mit wahrer Apostelbegeisterung gefördert werden. Andererseits fand die Zusammenfassung der Betriebsräte auf freigewerkschaftlicher Grundlage Behandlung, wofür vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und von der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände im Mai d. J. Richtlinien aufgestellt wurden (siehe diese in Nr. 65), denen am 5. Juli durch eine Vertreterkonferenz die Aufstellung des Aufgabenkreises folgte (Nr. 75). Im Rahmen eines sozial-wirtschaftlichen Rundblickes war in Nr. 74 auf die Stellungnahme der Betriebsrätezentrale in Halle a. d. S. im Oktober v. J. zurückgegriffen worden, welche unschwer erkennen ließ, daß man an eine den politischen Arbeiterpartei und den Gewerkschaften übergeordnete selbständige Räteorganisation dachte. Es wurde dabei erwähnt, daß gegen diese Absicht sowohl die „Leipziger Volkszeitung“ wie auch die „Freiheit“ in besonderen Artikeln sogleich und recht deutlich Front gemacht haben; die „R. V.“ am entschiedensten.

Die Konferenz am 5. Juli war besetzt mit den Abteilungs- und Gauleitern sowie den Kartellvorstehenden (Ortsausschüsse) des Gewerkschaftsbundes und der Ufa. Obwohl der parteipolitischen Zugehörigkeit nach alle Richtungen vertreten waren, kam man zu einstimmiger Beschlusfassung über die Aufgaben der Betriebsräte. Im Schlußsatz wurde erklärt: „Im Hinblick auf den vorstehenden Aufgabenkreis ist ein getrenntes Arbeiten von Betriebsräten und Gewerkschaften völlig undenkbar.“ Ihre Meinung, daß nach diesem einstimmigen Beschlusse der gewerkschaftlichen Reichskonferenz der Kampf um die Führung im Wirtschaftsstreit als beendigt angesehen werden müsse, hat sich wie so manche andre Hoffnung auf Beilegung der kraftverzehrenden und die besten Gelegenheiten verpassenden Richtungskämpfe nicht erfüllt. Gleich darauf ist der Streit um die Organisationsform der Betriebsräte fortgegangen und sonderbarer Weise durch eine Einigung in Berlin (zwischen Brückner-Gewerkschaftskommission und der Betriebsrätezentrale in der Münzstraße) noch verschärft worden. Der Streit ist auch nicht mehr lokalisiert geblieben. Es handelt sich deshalb um die Schlichtung des weiteren Verlaufes des Kampfes um die Betriebsräte. Diese Aufklärung kann sehr wohl zur richtigen Aufgabenwendung führen, da wir die verschiedenen Auffassungen dabei berücksichtigen werden.

Die Berliner Betriebsrätezentrale in der Münzstraße, also die Richtung Müller, Däumig, Malzahn, Wegmann usw., besitzt ein eigenes Organ: „Der Arbeiter“, allwöchentlich erscheinend, das auch in eigener Druckerei hergestellt wird. Die eine Julinummer (Heft 27) ist vollständig gefüllt mit einer chronologischen Darstellung der Rätebewegung. Es ist eine umfangreiche Streitschrift (15 Seiten in Quorform), in der die Entwicklung des mit der Revolution im November 1918 von Rußland übernommenen Rätegedankens, der zunächst vorwiegend politische Ausprägung fand, geschildert wird. Die einzelnen, einander überlagernden Phasen: Arbeiter- und Soldatenräte, Rätekongresse, Groß-Berliner-Arbeiterräte und ihre Vollerfassungen, Berliner Volksrat (Betriebsrätezentrale), Reichsregierung und Rätehof, sind ja noch in lebhafter Erinnerung. Der gewesene Zentralkartell kommt zu kurz; er war, obwohl von den Rätekongressen eingeleitet, zu rechtssozialistisch, um jetzt noch Anführung zu finden. Es wird auch sonst die Tugend der Sachlichkeit nicht übermäßig gepflegt. In der Einleitung ist schon zu lesen, es blicke die Rätebewegung verächtlich, wenn sie „dem verblüffenden Einflusse der Gewerkschaftsbürokratie“ ausgeliefert wer-

den würde, und daß über den Reichswirtschaftsrat gesagt wird, „unter den Vertretern der Arbeiter befinden sich viele bekannte Arbeitervertreter“, erhöht gewiß den Reiz der Sachlichkeit.

Entgegen der von Däumig vor Monaten scharf betonten Notwendigkeit, die Rätebewegung zu entpolitisieren, d. h. sie nicht auf einen bestimmten Parteistandpunkt einzufassen und von diesem abhängig zu machen, spielt in dieser umfangreichen Darstellung die Verheerung der SPD. wieder die alte behagenswerte Rolle, ist alles auf enge Allianz mit USPD eingestellt. Selbst der SPD. wird nicht über den Weg getraut, weil „auch innerhalb der SPD. eine Strömung vorhanden ist, die in der Rätefrage zugunsten der Gewerkschaften zu entscheiden gewillt ist“. Die USPD. wird bereits für die selbständige Betriebsräteorganisation reklamiert durch einen Antrag der parteipolitisch auf unabhängigem Boden stehenden Teilnehmer des zweiten Rätekongresses zu Anfang April 1919. Während in diesem Antrage von den Gewerkschaften keine Rede ist — die Gewerkschaften waren damals bei den Extremen ganz unten durch —, hat der unabhängige Parteitag im März 1919 sich zwar für das revolutionäre Räteprogramm entschieden, aber über die Organisationsform ließ nicht direkt ausgesprochen. Der im Dezember v. J. abgehaltene weitere Parteitag (Leipzig) bekannte sich wiederum zum revolutionären Räteprogramm, in dem Aktionsprogramm werden aber die Gewerkschaften, die sich zum revolutionären Klassenkampfe bekennen, als die Verbindlichen zu diesem Zwecke genannt. Von einer Räteorganisation wird nicht in dem abstrakten Sinne gesprochen, wie es Müller und Genossen jetzt erscheinen lassen wollen. Sie der von dem Parteivorstehenden Crispian anschließend gegebenen Erläuterung der Programmsätze werden die Betriebsräte dann zum erstenmal erwähnt, aber wieder in dem Sinne ihrer vornehmlich politischen Bedeutung. Die politischen Arbeiterräte aber sind durch die Nationalversammlung abgelehnt worden, deren Zustandekommen Richard Müller bekanntlich durch den ungemehm erhabenen Ausdruck verhindern wollte, daß nur über seine Leiche der Weg zur Nationalversammlung führen würde. Daher der Name „Reichsmüller“.

Crispian läßt den Gewerkschaften abermals den Vortritt vor der Räteorganisation: „Der Klassenkampf muß gemeinsam geführt werden von der Unabhängigen Sozialdemokratie, den revolutionären Gewerkschaften und dem proletarischen Räteprogramm.“ Ein vom 10. Dezember 1919 datierter Aufruf des Zentralkomitees der USPD. läßt die „proletarische Räteorganisation“ auch wieder an dritter Stelle marschieren, spricht aber ausdrücklich von „diesen drei Organisationen für die sozialistische Revolution“ und fordert zur Unterstützung der Räteorganisation, „in ihrem wirtschaftlichen und politischen Aufbau“ auf. Man kann daraus schließen, daß Parteitag und Parteileitung der USPD. die Räteorganisation erst noch als ein im Werden begriffenes Organisationsgebilde betrachteten, die Partei und die Gewerkschaften aber als das Vorhandene und Gegebene. Wenn man die Stellungnahme zu den Gewerkschaften auf dem Märzparteitage 1919 der USPD., die von Altmann vorgelegte Resolution und sein kurzes Referat dazu liest, dann hat man eine Befestigung für diese unsre Auffassung. Dismann sagte: „Wenn das Räteprogramm das Kampfinstrument des Proletariats wird, wird das die Aufgaben der Gewerkschaften stark beeinträchtigen.“ Also gar nichts Bestimmtes. Wäre es anders bzw. so, wie Müller und Genossen die Auslegung jetzt beliblen, dann hätte man es ja auch nur erst mit dem Standpunkt einer Arbeiterpartei zu tun. (Die Stellungnahme sowie das Verhalten der beiden andern Parteien im Verlaufe dieses Streites werden einen besonderen Abschnitt bilden.) Aber der „Arbeiter“ beschlagnahmt auch Karl Kautsky als Verfechter der selbständigen Räteorganisation. Auf dem zweiten Rätekongress sagte Kautsky, der bekanntlich schon im Jahre 1909 in seiner Broschüre „Der Weg zur Macht“ Tätigkeit und Erfolg der Gewerkschaften zu gering einschätzte, daß die Gewerkschaften nicht die Kraft zum Aufbau der sozialistischen Produktionsweise

zu entfalten vermöchten. Sie hätten nun die Führung nicht bloß im politischen, sondern auch im ökonomischen Kampf an die Arbeiterräte abgeben müssen. Die Kernsätze von Kautsky sind bezeichnenderweise die einzigen festgedruckten Stellen in dem ganzen Heft! Daß zur Zeit des Erscheins dieses Heftes vom „Arbeiter“ Karl Kautskys Ausschluß aus der USPD. bei dem einen Teile Verlangen, beim andern Beforgnis war, weil dieser große Lehrmeister des Sozialismus zu 90 Proz. den Standpunkt der Richtung Däumig und Müller sowie weiter Kreise der Unabhängigen beämpfte, läßt Kautsky doch recht ungelassen erkennen zur Kronzeugenschaft in dem Streit um die Organisationsform der Betriebsräte. Das auf dem zweiten Rätekongress wegen Erhaltung von seiner Frau vorgebrachte Referat über die Sozialisierung des Wirtschaftslebens zeigt Kautsky ja in ganz deutlichem Gegenlatze zu Müller und Genossen.

Ausschlaggebend sind aber nicht Anträge und Forderungen, Kongressreden und deren Interpretationen, sondern Kongressbeschlüsse. Der „Arbeiter“ kann nicht umhin, zuzugeben, daß vom zweiten Rätekongress ein entscheidender Antrag der mehrheitssozialistischen Fraktion angenommen worden ist, der im ersten Absatz lautet:

Die Gewerkschaften sind die Vertreter eines jeden Berufs. Die ausführenden Organe der Gewerkschaften in den Betrieben sind die Betriebsräte. Sie haben die bisherige und die erweiterten Aufgaben der Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenausschüsse zu erfüllen.

Die hinter dem „Arbeiter“ stehenden Kreise der Rätezentrale in der Münzstraße sagen dazu, daß damit „die Betriebsräte zu Organen der Gewerkschaften“ gemacht werden sollten. Die freiwillige Anerkennung der Gewerkschaften konnte ja wohl den andern Teil verschmähen, aber es war doch der Mehrheitsstandpunkt. Von einer Anerkennung dieses ganz legal zustande gekommenen Mehrheitsbeschlusses indes keine Spur! Der zweite Rätekongress hätte aber mit einem Beschluß im Sinne der USPD. Fraktion jedenfalls ein Dogma aufgestellt. Da ein weiterer Rätekongress noch nicht stattgefunden hat, müßte nach allen geltenden Regeln dieser Beschluß mindestens so lange gelten, bis ein andrer Kongress zu einer veränderten Zielungsnahme gelangt.

Der zehnte Gewerkschaftskongress im Juli 1919 in Nürnberg hat mit 407 Stimmen, die 3007425 Mitglieder vertreten, gegen 192 Delegierte (1581057) für die Betriebsräte umfangreiche Richtlinien beschlossen, die im Kardinalpunkt erklären:

Innerhalb der Betriebe sind freigewählte Arbeitervertretungen (Betriebsräte) zu schaffen, die, im Einvernehmen mit den Gewerkschaften und auf deren Macht gestützt, in Gemeinschaft mit der Betriebsleitung die Betriebsdemokratie durchzuführen haben.

Jedenfalls ist dieser Beschluß mit dem Standpunkte des zweiten Rätekongresses durchaus vereinbar. Wir sind jetzt noch einmal die Korreferate von Richard Müller gegen Leipzig und Coblenz, also gegen die Aufgaben der Betriebsräte und die Arbeitsgemeinschaften, durchgegangen. Jedoch wie er und seine Gefolgsleute in den letzten Wochen die Selbständigkeit der Betriebsräteorganisation und eine förmliche Kernhaltung von den Gewerkschaften gefordert haben — sie mühten in letzterem aber doch zurückzulenken —, das war im Sommer v. J. auch für Richard Müller noch kein absolutes Prinzip, das man als einen neuen Streitpunkt in die Arbeiterkämpfe werfen könnte. Die Opposition hat zwar dem Gewerkschaftskongress erst während der Verhandlungen Richtlinien für das wirtschaftliche Räteprogramm vorgelegt, der Kongress hat sie jedoch mit Zweidrittelmehrheit abgelehnt.

Nun kommt man („Arbeiter“) und sagt, Regien und Genossen hätten vom Gewerkschaftskongress „die Sanktion zu ihrer konterrevolutionären Politik erhalten“. Eine sehr starke Behauptung und eine Glanzleistung von Sachlichkeit dazu. Wenn dann noch von der Wahl „revolutionärer Betriebsräte“ gesprochen wird, so sollte man mit dem Bewusstsein von solchen Außerlichkeiten beuf-

zulage doch vorzichtiger werden. Mancher „revolutionäre“ Betriebsrat hat sich in seiner Tätigkeit oder in kritischen Momenten schon als weit weniger revolutionär erwiesen als ein anderer, der seiner revolutionären Gesinnung nicht so ein äußerliches Etikett gibt. Und das über die „revolutionären Betriebsräte“ auch nicht immer ein Zufriedenheit herrscht, hat in Heft 28 des „Arbeiterrats“ ein Artikel über den Betriebsrat in der Reichsdruckerei dargestellt, dessen Mitgliedern dringend geraten wird, sich daran zu erinnern, daß ihre Pflicht als revolutionäre Betriebsräte in einer andern Richtung liegt als die eines Betriebsrats in einer andern Richtung, und daß sie auf die Vermittlung von Parteimitgliedern, Schlichter auf die Kleinrentzucht und Unterföhrung der Direktion bei der Verhängung von Ordnungstrafen“.

Nach der zur Besprechung lebenden Darstellung des „Arbeiterrats“ sind die Führer der Rechtssozialisten und der Gewerkschaften als „Feinde des Rätesystems“ erkannt. Aber man hat schon neue Feinde entdeckt. Das seien diejenigen, die wohl behaupten, auf dem Boden des Rätesystems zu stehen, und die auf Grund dieses Bekenntnisses ihre Posten erhalten haben, die sich nun jedoch der praktischen Verwirklichung des Rätesystems entgegenstellen und in der Verhinderung einer selbständigen Räteorganisation eine gemeinläufige Front mit Regien und Genossen geschlossen haben. „Diesem verwerflichen Treiben müssen wir entgegenzutreten.“

Gemeint ist damit eine Anzahl von Führern der freien Gewerkschaften und der Angestelltenorganisationen, die in der USG im Vordergrund stehen, zum Teil sogar Abgesandte sind, deren Auffassung von der Selbständigkeit der Betriebsräteorganisation aber von Müller, Däumig usw. abweicht. Diese Gruppe wird die „zweite Richtung von Dömann bis Paul Lange“ benannt; also USG und AFD. umfassen. Diese Funktionäre, heißt es, wollen zwar auch die Gewerkschaften revolutionieren und zu Werkzeugen des revolutionären Klassenkampfes machen, aber „im Kampfe gegen den Rätegedanken finden wir sie auf einer gemeinsamen Ebene“ mit Regien und Genossen. Von der sogenannten zweiten Richtung wird eine im Streikführer Parteilogen des USG, abgegebene Erklärung veröffentlicht, die folgende 14 Unterstrichen trägt: „Zulieferer, Brandes, Bublitz, Hugo Cohn, Dömann, Fackel, Klose, Sabath, Schröder, Simon, Siegle, Vollmershaus, Fr. Schmidt, Reimann. Die Genannten verwarfen sich dagegen, daß durch die Betriebsrätezentrale die Gewerkschaften im strikten Gegensatz zum Leipziger Aktionsprogramm einträte. Es ist nicht richtig, denn die darin erwähnte Räteorganisation bezog sich nicht auf die heute in Frage kommenden Betriebsräte. Endlich müssen wir daran festhalten, unsere vom Geiste des revolutionären Sozialismus getragene Tätigkeit in den Gewerkschaften frei entfalten zu können. Bisheriges kann nicht durch Parteitagbeschlüsse im einzelnen festgelegt werden.“

Die Gewerkschaften müssen eine selbständige Betriebsräteorganisation wie die Erhebung besonderer Beiträge durch die Betriebsräte mit aller Entschiedenheit ablehnen. Der Einwurf, daß eine besondere Räteorganisation dem Leipziger Aktionsprogramm einträte, ist nicht richtig, denn die darin erwähnte Räteorganisation bezog sich nicht auf die heute in Frage kommenden Betriebsräte. Endlich müssen wir daran festhalten, unsere vom Geiste des revolutionären Sozialismus getragene Tätigkeit in den Gewerkschaften frei entfalten zu können. Bisheriges kann nicht durch Parteitagbeschlüsse im einzelnen festgelegt werden.

Das ist klar und deutlich gesprochen. Es zeugt auch von Mannhaftigkeit, die da nicht immer zu finden ist, wo die Diktatur des Proletariats zu einem wesentlichen Teil in der Aufspaltung der Massen besteht gegen erwünschte und auf Vermeidung von schweren Enttäuschungen für die Arbeiterklasse bedachte Führer, verursacht von andern, manchmal mehr durch eigene Verulung oder dgl. hervortretenden Führern, die sozusagen dem Wortsozialismus ergeben sind.

Die Stellung des Deutschen Metallarbeiterverbandes zum Rätesystem sei so, daß die im Oktober 1919 abgehaltene Generalversammlung sich gegen die Arbeitsgemeinschaften ausgesprochen habe, aber für den Zusammenschluß der Gewerkschaften zu gewaltigen Industrieverbänden, um dadurch zum Fundament eines sich organisch entwickelnden Rätesystems zur wirtschaftlichen Befähigung zu werden. Die neue Leitung des Metallarbeiterverbandes hätte danach handeln müssen, um „einen Keil in den konterrevolutionären Gegenstand Gewerkschaftsbund zu treiben.“ Die Mitglieder der Metallarbeiterorganisation seien demgemäß verpflichtet, „die Zusammenfassung der Betriebsräte außerhalb der Gewerkschaften nach den Grundbüssen des Rätesystems“ zu erstreben. Ob die organisierten Metallarbeiter das tun werden, da ihre Leitung und ihr Organ sich mit Entschiedenheit dagegen wenden, ist eine Frage, die man nach den Erfahrungen der letzten Wochen verneinen kann.

Die Berliner Gewerkschaftskommission (Karl) wird dann noch gerichtlich, weil sie sich der „Diktatur Regiens“ gefügt und die geforderte Anerkennung der Nürnberger Streikbeschlüsse vollzogen habe, nachdem im Januar 1920 sie zur Wahl revolutionärer Betriebsräte aufgefordert und

für das revolutionäre Rätesystem sich erklärt hatte. Die (rechtssozialistische) Minderheit hätte durch einen Protest an die Leitung des Gewerkschaftsbundes erreicht, daß die Mehrheit am 26. Februar ihre revolutionären Grundbüsse wieder preisgab. In der Berliner Gewerkschaftskommission haben seitdem sich schwere Kämpfe abgespielt, und gegenüber der Betriebsrätezentrale in der Münzfrage ging es wie bei der Prozedur in Schöner: zwei Schritte vorwärts, dann einen zurück.

Das ist das, was aus dem vom „Arbeiterrat“ veröffentlichten Dokumenten für das Verständnis des weiteren wie überhaupt des ganzen Streites am wichtigsten ist.

Die Einigungsaktion selbst erfordert ebenfalls eine chronologische Schilderung, die hoffentlich etwas kürzer ausfallen kann. Die Sache ist eben so verwickelt und hat so viel Begleiterscheinungen (Presseartikel, Stellungnahmen in den Organisations- und Versammlungen) aufzuweisen, daß sie richtiger im Zusammenhange hiermit zur Behandlung kommt. Dafür fehlt es in dieser Nummer jedoch an Raum. Daß durch die Einigung zwischen Gewerkschaftskommission und Betriebsrätezentrale der Streit um die Betriebsräte eher von neuem entfache, als beseitigt worden ist, wird in dem nachfolgenden Augenblicksblende gezeigt, mit dem einweisen die gegenwärtige ungeliebte Situation ganz kurz gekennzeichnet sein soll.

Für die Situation nach der Einigung ist das neueste „Arbeiterrat“-Heft (32) bezeichnend genug. Das, was sozusagen zwischen den Schichten liegt: wie in der „Freiheit“ das Für und Wider sowie das Kompromisslose zwischen beiden Flügeln sich abspielte, wodurch das an sich als faul und unhaltbar eingeschätzte Kompromiss zwischen Gewerkschaftskommission und Betriebsrätezentrale natürlich nicht besser wird, wie der „Vorwärts“ der Einigung in Berlin keine Rosen streute, wie Paul Lange in der „Rosen Gasse“ seinen Kontrakt Richard Müller vom Nürnberger Gewerkschaftskongress mit etlichen Posseuten regallerie, wie Robert Dömann in der „Leipziger Volkszeitung“ und andern unabhängigen Blättern schwer gegen die Verfechter der selbständigen Betriebsräteorganisation vom Veder zog, wie weiter in den letzten Wochen das große Walgen in Verhandlungen zu Hamburg, Bremen, Halle an der Saale usw. angehoben hat, wovon es bildliche Fortsetzung geben wird, da die „Einigung“ in das Reich hinausgetragen werden soll, wie die eine Richtung nun die andre noch mehr als konterrevolutionär bezeichnet und die andre wieder den Vorwurf der Gewerkschaftsfeindlichkeit noch verstärkt sowie bei Verhinderung der verschiedenen Rätebegriffe immer mehr unüberdäulichen Radikalismus entdeckt, das muß für einen zusammendrängenden Schlussartikel zurückgestellt werden. Jetzt handelt es sich um ein Schlaglicht über die in der Münzfrage herrschende Mentalität gegenüber den eignen Genossen und — ganz unvermeidlich — gegen Regien, den Führer der deutschen Gewerkschaften, sowie den als Schlagwort nie verlassenden „Gewerkschaftsbureaukratismus“.

Man bedeutet nämlich Dömann im „Arbeiterrat“, dem von Däumig herausgegebenen Organ der Münzfrage, er solle nicht glauben, daß die Betriebsrätezentrale den Kampf um die Selbständigkeit der Räte künstlich konstruiert habe, daß hier nicht „eine elementare Massenbewegung ihren Ausdruck findet“. Diese dem Druckpapier anvertraute Kühnheit wird nur noch übertrieben durch den großen Kampf um den Schlusse des Stesses. Ist Regien ein „moderner Cäsar“, um dessen System zu stürzen auch die Befestigung der Verbände der einzelnen Berufsverbände unternommen werden mußte — was wohl richtiger heißen soll: mit allen Mitteln versucht worden ist —, so wird Dömann nicht nur mit Regien in einem Atemzuge „der gefährlichste Feind des Rätesystems“ genannt, sondern noch viel schlimmer wird von ihm gesagt, er ziele jetzt „seiner revolutionären Schlagworten verpacktes konterrevolutionäres Gesicht“. Das ist soles Spiel, denn, der dem ulerlosen Radikalismus nicht jedes eigne Denken preisgibt, als Arbeitervertreter zu charakterisieren, wird immer toller! In welchem Zeichen die nächsten Wochen stehen werden, wenn die Massen der Gewerkschaftler den Aufspaltung nicht energisch ablage erteilen, geht aus dem Schlusspassus hervor:

Das Kampffeld gegen die alten Gewerkschaftler vom Schlage Regien ist klar. Jetzt muß das Kampffeld gegen die konterrevolutionäre vom Schlage Dömann geöffnet werden. Da gilt es, alle diejenigen Gewerkschaftsführer, die ihre Wahl dem Bekenntnisse zum Rätesystem verbanden, die klare Frage vorzulegen: Wollt ihr eure Worte in Taten umsetzen, oder habt ihr die Masse nur mit revolutionären Phrasen bestört, um Posten zu erlangen? Beweisen die Taten das letztere, dann fort mit diesen Leuten!

Nun sollen also schon die neuen, radikalen Männer ausgebootet werden, weil sie verantwortungsbewußt das ihnen übertragene Vertrauensamt ausüben. Zu diesem ganz modernen Streuzug wird es aber wohl nicht kommen, denn die Massen werden sich nicht mehr so leicht bestören lassen, nachdem sie gesehen haben, daß es auch das revolutionäre Empfinden, wenn es sich nicht allein nicht zu tun vermag,

□ □ □ Zur Tarifberatung □ □ □

Zur Aufnahme der Betriebsräte in den Tarif

Leipzig und München hatten zur Nürnberger Tagung Anträge für die Umgestaltung des Verbandstatuts eingereicht, die u. a. „Förderung des wirtschaftlichen Rätesystems“ bzw. „Schutz und Ausbau des Betriebsrätesystems“ bezweckten. Den gegen diese Anträge erhobenen Bedenken schloß sich die Mehrheit der Generalversammlung an und lehnte die Aufnahme dieser Bestimmungen in das Statut ab.

Nach dieser Faltung der Generalversammlung ist es weiter nicht auffallend, wenn ein Teil der Betriebsräte auch der graphischen Industrie für eine gesonderte Räteorganisation eintritt und auch von einer Zusammenfassung durch die Gewerkschaften wenig erbaut ist. Einer Gewerkschaft, die es ablehnt, offiziell eine Bindung abzugeben zu übernehmen, den Betriebsräten Schutz und Förderung angedeihen zu lassen, kann natürlich von eben denselben Betriebsräten nicht das Vertrauen entgegengebracht werden, das zu einer derartigen Koalition Grundbedingung ist. Aber ebenso wenig wie wir als Betriebsrat Vertreter nur der Buchdrucker sind, sondern in gleicher Weise für unsre Mitarbeiter zu wirken haben, die dem Buchbinder, Hilfsarbeiter, Transportarbeiter, Metallarbeiter und sonstigen Verbänden angehören, ebenso wenig bestand ja weder die Absicht noch die Möglichkeit, die Betriebsräte zu praktischer Arbeit in den einzelnen Berufsorganisationen zusammenzufassen. Die graphischen Kartelle können auch nur als vorläufige Grundlage aufgeföhrt werden und waren gleich bei der Aufnahme ihrer Tätigkeit in der Rätefrage gezwungen, alle in der Industriegruppe Graphisches Gewerbe und Papierindustrie vorhandenen Betriebsräte zusammenzuführen. Die Praxis wird denn auch bald zu einem gemeinsamen Wirken mit den in Frage kommenden Organisationen führen, bis der zukünftige Industrieverband auch hier eine einfache Formel bringen wird.

Weniger, weil ich mehr Vertrauen in den guten Willen der Gewerkschaften habe wie diejenigen meiner Kollegen, die für eine gesonderte Betriebsräteorganisation eintreten, als vielmehr darum, weil ich mehr Vertrauen in den festen Willen der Betriebsräte und die Macht, die sie mit den hinter ihnen stehenden Wählern verknüpfen, sehe, bin ich immer für einen Zusammenschluß der Betriebsräte durch und mit den Gewerkschaften eingetreten.

Eine absolute Selbständigkeit der Betriebsräteorganisation kann es ja nie geben, solange die Gewerkschaften als wirtschaftliche Organisationen die Massen in sich vereinigen. Die Betriebsräte müssen, und alle wollen es ja auch, bei „umfassenden Maßnahmen“ und „in allen wichtigen Dingen“ mit den Gewerkschaften zusammengehen. Und was vorläufig nur von Fall zu Fall gedacht ist, wird die Praxis zu einer dauernden Einrichtung werden lassen. Die Praxis, die einfache Realität der Tatsachen, wird auch nach einiger Zeit erweisen, wer in der Entscheidung sowohl wie in der Führung etwaiger Kämpfe der ausschlaggebendere Teil ist: die Betriebsräte oder die Gewerkschaften. Da werden weder Aktionsprogramme noch Statuten etwas zu gelten haben, und aus dieser Erkenntnis heraus muß ich es bedeuten, daß man um der nächstliegenden Organisationsform willen so viel kostbare Zeit nutzlos verstreuen läßt.

Aber noch weniger als Aktionsprogramme und Statuten werden irgendwelche Tarife die Rätefrage weisern können, sofern alle Räte in ihrem Umf etwas mehr als nur den bisher mit Vertrauensmann bezeichneten Posten auszufüllen bestrebt sind. Es ist mir auch unerfindlich, wie welche Betriebsräte im Deutschen Buchdrucker-Tarif Bestimmungen festgelegt werden sollen. Soll ich in meiner Tätigkeit als Betriebsrat dem Buchdrucker-Tarif unterstehen nur in den Fällen, wo reine Buchdruckerfragen zu erledigen sind, oder auch dann, wenn es sich um Transportarbeiter, Buchbinder, Metallarbeiter handelt? Oder soll der Transportarbeiter als Mitglied des Betriebsrats in all den Fällen, wo es sich um Buchdruckerangelegenheiten handelt, dem Schutz und den sonstigen Bestimmungen des Buchdrucker-Tarifs unterstehen? In allen sonstigen Dingen jedoch, obwohl es sich immer um den gleichen Betrieb handelt, nicht? Da es sich für den Betriebsrat ja meistens nur um Erledigung der für die Allgemeinheit der Betriebsangehörigen in Betracht kommenden Fragen handelt und dann immer mehrere, den verschiedenen Organisationen angehörende Mitglieder des Betriebsrats in Wirklichkeit treffen, wäre es eine kuriose Sache, wollte man für einzelne Mitglieder Schutz- usw. Bestimmungen aus diesem, für andre Mitglieder aus jenem Tarif in Anwendung bringen. Daß die eventuellen Bestimmungen des Buchdrucker-Tarifs ohne weiteres Geltung für alle Betriebsräte bekommen könnten, ist doch gar nicht anzunehmen. Meine Mitarbeiter aus andern Berufsgruppen würden es sich sehr energisch verbiten, wollten wir von ihnen verlangen, sich den einschneidenden Bestimmungen des Buchdrucker-Tarifs zu fügen. Dann selbst eine wirklich großzügige Behandlung dieser Frage im Tarifausschusse vorausgesetzt, kommt doch immer nur ein Kompromiss zu stande, und wir sind weder gewillt, noch wären wir bereit besten Willen in der Lage dazu, uns in dieser Hinsicht dem Tarif zu unterwerfen. Inwie Wähler, die sich ja in der Mehrheit, namentlich in modernen Großbetrieben, nicht aus Buchdruckern zusammensetzen, würden uns bald von unsrem Posten abberufen, und es könnte vielleicht dahin kommen, daß der Cäsar, den der Tarif den Buchdruckerbetriebsräten angedeihen läßt, eine ungewollte

Wirkung in der Richtung ausübt, daß er sie gegen eine Wahl als Betriebsräte überhaupt schließt. Damit wäre den Buchdrückern sicherlich am wenigsten geboten.

Wir als Betriebsräte verzichten gern auf jeden farblichen Schutz; verlangen vielmehr, daß in jedem Fall unsere Mitarbeiter zu unserm Schutz bereitstehen, und an einengenden Bestimmungen bringen die Paragraphen des Betriebsrätegesetzes schon mehr, als uns genehm ist. Darum verabschiedet uns mit farilichen Betriebsrätevorschriften!
Berlin. G. Dörband.

Volkswirtschaft

Politik und Wirtschaft

II.

Schweren Herzens gab am 26. Juli der deutsche Reichskanzler im Reichstage zu, daß es nach den Verhandlungen von Spa zur Verhütung der Befehung des Ruhrgebietes kein andres Mittel mehr gebe als die sorgfältige Durchführung des Friedensvertrags von Versailles. Er mußte ferner zugeben, daß schon am 10. Juli der Termin abgelaufen war, an dem die im Versailles-Vertrage vorgesehene Abrüstung des deutschen Militarismus hätte durchgeführt sein sollen. Aber trotzdem konnte oder wollte er sich nicht darüber äußern, warum diese Abrüstung bis zu dem vorgeschriebenen Termin nicht vollzogen war. Daß die Verzögerung wesentlich dazu beigetragen hat, dem Diktatwillen der vorläufigen „Sieger“ im Weltkriege zu stärken, statt zu mildern, verschwieg er. Auch in Hinblick auf die Kohlenfrage konnte der Reichskanzler als Geisteskind der von Gott gewollten Abhängigkeiten und bewährten Wirtschaftsverordnungen sich nur dazu aufschwingen, allgemeine Redensarten zu benutzen, weil er den wahren und tiefen Kern dieses Problems allen Ansehens nach gar nicht zu erfassen in der Lage ist. Sein Nachfolger auf der Rednerliste, der Außenminister Simons, der schon in Spa bewiesen hat, daß die Zusammenhänge zwischen Politik und Wirtschaft wesentlich freier und unabhängiger von den alten Geleisen der Diplomatie zu beurteilen weiß, fand auch im Reichstage den Mut, darauf hinzuweisen, wie verfehlt es war, wenn man bisher in Deutschland an verantwortlichen Stellen den Friedensvertrag nicht recht ernst genommen hat. Er fand zunächst sogar den Mut, die bewährte fahpfe Flaggenparade oder Reichsmehrheitsrede als Verstoß gegen Treu und Glauben zu geheißen, sprach zum größten Entsetzen der privatkapitalistischen und feudalen Rechten mit besonderer Anerkennung von den Leistungen der russischen Sowjetregierung und wagte schließlich die Hoffnung auszusprechen, daß spätere Verhandlungen mit den Vertretern der Entente in Genf für Deutschland unter dem Einflusse des überkritischen Staatsmannes Lloyd George günstiger verlaufen würden als die Verhandlungen in Spa. Aber leider ließ sich auf diese mannbare Rede des deutschen Außenministers schon in der darauffolgenden Nacht ein reaktionärer Raubrel, denn Dr. Simons hat sich kaum 24 Stunden später, gleich zu Beginn der Reichstagsverhandlungen am 27. Juli genötigt, dem von ihm tags zuvor mißachteten Oberbute seine Reverenz zu erweisen und sich selbst vor der schließlichen Flaggenparade zu verbeugen. Und man wird wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß dieser „totale Rückzug“ der einzigen politischen Größe in der jetzigen Reichsregierung vor den Resten des deutschen Militarismus des Ansehen der deutschen Republik im Ausland abermals ganz erheblich geschwächt hat.

Um so erfreulicher ist es daher, daß in der nachfolgenden Ansprache die Redner der politischen Arbeiterparteien diesen Rückzug scharf verurteilten und nach besten Kräften dazu beitrugen, die deutsche militärische und imperialistische Politik in der Vergangenheit und Gegenwart in ihrer ganzen Gefährlichkeit für das deutsche Volk zu kennzeichnen. Sie erkannten ohne Umschweife an, daß in der Entwaffnungs- wie in der Kohlenfrage alles getan werden müsse, um die Bedingungen der Gegner zu erfüllen. Als wichtigste Voraussetzung dafür bezeichneter sie die Sozialisierung der Bergwerke, weil alle Arbeit nur noch zum Nutzen und zum Wohle der Gesamtheit, ohne Befriedigung des Nachstrebens einzelner, geleistet werden soll. Dem französischen Geiste des Hochkapitalismus soll das Prinzip des Sozialismus gegenübergestellt werden; woraus sich eine Revision des Vertrags von Versailles von selbst ergeben werde. Scharfe Abrechnung wurde bei dieser Gelegenheit auch mit Herrn Simons gehalten. Es wurde festgestellt, daß dieser Mann für die schmachvolle Deportation der belgischen Arbeiter, für die Zerstörung der belgischen Werke und für die ganze Annexionskampagne der Schwerindustrie die Hauptverantwortung zu tragen habe. Leider ließ sich auf diese Ausführungen der politischen Arbeitervertreter der deutsche Außenminister genötigt, näher zu Herrn Simons und von seiner Anerkennung für die russische Sowjetregierung wieder abzurücken. Er erklärte, daß er unter einem richtig abzuweisenden Sozialismus die Arbeitsgemeinschaft zwischen Arbeitnehmern und Arbeitern verstand; worauf ihm starker Beifall der Mitte, lautes Gelächter von links und stilles Schweigen von rechts den Beweis erbrachte, daß er sich abemals zwischen zwei Stühlen gefehlt hatte. Man kann es bedauern, daß dieser an sich sehr löbliche Stoff als Mensch und Politiker nicht den Mut aufbrachte, den militärischen und kapitalistischen Größen gegenüber ein mannhafter Charakter zu zeigen; aber es kann befriedigt sich auch hier wieder die alte Erfahrung, daß die Politik auf die Dauer den besten Charakter verdorben kann. Und mit Recht sollte am dritten Verhandlungstag über das Abkommen von Spa ein sozialistischer Vertreter sein, daß

die Ausführungen des deutschen Bergarbeiterführers Süc in Spa das einzig richtige waren, indem dieser betonte, daß die Diplomaten nicht allein über die Ausführung solcher Abkommen zu entscheiden haben, sondern auch die Arbeiterklasse, daß ferner die deutschen Arbeiter aber auch nicht auf die sogenannte Weltrevolution warten können, sondern schon längst verhungert wären, wenn sie sich bisher nicht selbst gerettet hätten. Das ist in gedrängter Kürze das Ergebnis der dreitägigen Reichstagsverhandlung über das Abkommen von Spa, dem wahrscheinlich letzten Diktat der „Sieger“ von Versailles. Denn daß dieser Reichstag nach Abschluß dieser Debatte einen Antrag auf sofortige Inangriffnahme gelehrender Richtlinien für die Sozialisierung des deutschen Bergbaus gegen die Stimmen der sozialistischen Vertreter abgelehnt hat, entspricht nur der politischen Kurzsichtigkeit seiner Mehrheit. Sie glaubte mit einer platonischen Zustimmungserklärung zu dem Diktat in Spa die Gasse gebannt zu haben, die bei harter Arbeit tief unter der Erde die wichtigsten Rohstoffe für Deutschlands Wiederaufbau schürfen und zutage fördern. hat sie aber in Wirklichkeit nur um so stärker darauf aufmerksam gemacht, daß die Arbeiter auch fernerhin noch von den privatkapitalistischen Politikern an der Wale herumgeführt werden sollen. Die entgegengesetzte Wirkung dieser Politik kann und wird nicht ausbleiben. Das beweisen die in letzter Zeit abgehaltenen internationalen Arbeiterkongresse, die sich mit diesen Grundfragen zukünftiger Wirtschaftspolitik auf internationaler Basis in eingehender Weise befaßten und selbstverständlich auch zu wesentlichen andern Entschlüssen in Politik wie Wirtschaft kamen.

Der vor kurzem in Genf abgehaltene internationale Sozialistenkongress als offizielle Tagung der sogenannten zweiten Internationale und historische Nachfolge der durch den Weltkrieg zerfallenen „ersten Internationale“ vereinigte die Vertreter des internationalen Reformsozialismus, zu dem bekanntlich auch die deutschen Mehrheitssozialisten gerechnet werden. Der Verlauf dieser Tagung sowie ihre Beschlüsse können als deutlicher Beweis dafür dienen, daß sich die politischen Bestrebungen der internationalen Sozialdemokratie in einheitlicher Richtung bewegen, und daß die Spannung oder Entzweiung, die durch den Weltkrieg zwischen der politisch organisierten Arbeiterklasse in den einzelnen europäischen Staaten selbst mehr, teils weniger in Erscheinung getreten ist, zum größten Teil als überwunden angesehen werden kann, und daß es für die Arbeiterklasse der ganzen Welt nur noch einen gemeinsamen Feind gibt, und des ist politisch wie wirtschaftlich die privatkapitalistische Ausbeutung. Das kapitalistische System mit seiner Überbetreibung der Interessenspolitik und seiner Rachsucht wurde als eine der tiefsten Ursachen des Weltkriegs bezeichnet und seine Überwindung wurde nur in der allmählichen Durchführung der Sozialisierung erblickt. Von einem deutschen Delegierten wurde betont, daß sich für kein Land der Welt eine größere Verpflichtung und Notwendigkeit ergebe, die Produktion in eine sozialistische umzuwandeln, als für Deutschland, um dessen Lebensziel abzuklären. Die Grundzüge der Sozialisierung, die in der diesbezüglichen Resolution des Kongresses, die am 5. August d. J. in Genf angenommen wurde, enthalten sind, fordern die Umwandlung aller Industrien und Betriebszweige zur Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse aus dem privatkapitalistischen Besitz in den Besitz und die Verwaltung der Gemeinschaft, ferner den Erlaß der unwirtschaftlichen Produktion und Verteilung nur zum Zweck des Gemeinns durch eine zweckmäßige und wirtschaftliche Produktion und Verteilung mit dem Ziele des größten Nutzens für alle und schließlich die Teilnahme der Arbeiter an der Leitung der Betriebe. Die Sozialisierung soll schrittweise erfolgen, je nachdem die Verhältnisse in den einzelnen Ländern es erlauben. Jedenfalls soll keine Institution zerstört werden, ehe ihr nicht eine bessere Organisationsform gegeben werden kann. Auch soll keine Enteignung ohne Entschädigung erfolgen; nicht nur weil es ungerecht wäre, einzelne Individuen unter der Sozialisierung leiden zu lassen, sondern vor allem, weil eine solche Enteignung den Betrieb aller zur Sozialisierung noch nicht reifen Industrien schädigen würde. Wo für die Abfindung nötigen Summen werden durch Steuern auf die Gesamtheit der bestehenden Klasse aufgebracht. Grundeigentum, Eisenbahnen, Elektrizität, Industrien, Bergwerke sollen im allgemeinen nationalisiert werden, d. h. in den Besitz des Staates übergehen, während z. B. Gas- und Wasserwerke usw. sowie eine Anzahl verwandter Betriebe, Straßenbahnen und ähnliches, kommunalisiert werden sollen. Die Verorgung mit Lebensmitteln, Wohnungsbau sowie allgemein die Verteilung der fälligen Bedarfsgüterstände sollen durch Bildung von Genossenschaften sozialisiert werden. Auch alle diejenigen Industrien, die noch nicht zur Sozialisierung reif sind, sollen der Überwachung der Allgemeinheit unterstellt werden, um die Produktion und die Verteilung sowie die Arbeitsbedingungen besser kontrollieren zu können. Bei der weitgehenden Freiheit, die der sozialistischen Gemeinschaft eigen sein soll, ist die Erstganz selbständiger Rädler auf nationalisiertem Grund und Boden, selbständiger Handwerker, Künstler usw. durchaus nicht ausgeschlossen. Die Voraussetzung soll nur immer sein, daß keine menschliche Arbeit Ausbeutungsbjekt wird. Ein wichtiges Prinzip ist bei der Verwaltung zu beachten, daß die Aufsicht wird ausgeübt durch einen vom Volke gewählten Nationalrat. Die Verwaltung aller Industrien soll von der politischen Regierung unabhängig sein. Jede Industrie soll eine ihren Verhältnissen angepaßte Verwaltung erhalten. Im allgemeinen soll der Verwaltungsrat bestehen aus Vertretern der in der Industrie beschäftigten Arbeiter, Vertretern der Geschäftsführung und des technischen Personals und Vertretern

der Gemeinschaft. Diese Richtlinien der zweiten sozialistischen Internationale zur Umwandlung der privatkapitalistischen Produktion stimmen in auffallender Weise linn-gemäß fast in allen Teilen mit jenen Grundzügen überein, die in dem Problem für eine Berufsverfassung für das deutsche Buchdruckgewerbe (Berufsgemeinschaft) schon vor Jahresfrist zum Vorschein gekommen sind. Beachtenswert ist ferner, daß dieses Sozialisierungsprogramm auf dem Kongress der zweiten Internationale nahezu einstimmig zum Beschluß erhoben wurde; nur einige englische Vertreter, die eine radikalere Auffassung vertraten, stimmten dagegen. Wir sind der Auffassung, daß mit diesem Sozialisierungsprogramm die zweite Internationale lediglich ausgesprochen hat, was z. B. die Mehrzahl der freien Gewerkschaften in jedem Land als Ziel ihrer Bestrebungen schon längst erkannt hat, und daß die internationalen politischen Organisationen der Arbeiterklasse damit nur bestätigen, daß die Gewerkschaften die Träger der Umformung der privatkapitalistischen Wirtschaftsordnung in eine sozialistische Produktionsform sind und sein müssen. Es wäre uns ein Leichtes, an den meisten andern Verhandlungstagen der zweiten Internationale nachzuweisen, daß die Begriffe Politik und Wirtschaft sich mehr und mehr zu rein wirtschaftlichen Fragen verschmelzen, deren endgültige Lösung letzten Endes nur durch starke und einheitliche Wirtschaftsorganisationen erfolgen kann, während die Politik lediglich die Begleitmusik dazu abgibt, teils vorweg, teils hinterher; immer aber nur in Abhängigkeit von der Kraft oder der Macht der wirtschaftlichen Organisationen. Solange es in der wirtschaftlichen Entwicklung an starken gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen fehlte, blieb auch die Politik eine Waise oder ein Werkzeug aller Gewaltmännchen und Fäulniser auf Kosten der Arbeiterklasse, im alten Griechenland und Rom so gut wie im imperialistischen Zeitalter der Napoleons, Solzenzollern, Milnerds, Wilsons usw. Und auch die zweite, samt der dritten Internationale würden wenig daran ändern können, wenn wir heute nicht starke wirtschaftliche Arbeiterorganisationen in den Gewerkschaften hätten, deren geistiger und materieller Zusammenhalt die Willenskräfte auslöste und zur Tat befähigt, der politischen und wirtschaftlichen Forderung immer stärkeren Widerstand entgegenzusetzen und ihre Gegner von der Offensiv mehr und mehr in die Defensive zu drängen.

Der internationale Bergarbeiterkongress, der gleichzeitig neben dem internationalen Sozialistenkongress in Genf tagte, hat in dieser Hinsicht wesentlich tiefer geschürft. Er ist auf internationaler Basis zu Beschlüssen gekommen, die im Zusammenhang mit der fälligen zunehmenden Erstarkung und Befähigung aller übrigen Gewerkschaften besonders in Deutschland und England die Politik aller deutschen wie ausländischen Staatsmänner in maßgebender Weise beeinflussen. Auf diesem Kongress waren nahezu 3 Millionen Bergarbeiter vertreten. Gleich am ersten Verhandlungstage trat auf diesem Kongress der große grundsätzliche Unterschied zwischen Politik und Wirtschaft in Erscheinung, daß in den ersten Verhandlungstagen die Ursachen des Weltkriegs wohl beleuchtet, aber nicht nach Sündenböcken unter der Arbeiterkraft gesucht wurde, sondern schon am Nachmittag des ersten Verhandlungstags kam es zu einer eindrucksvollen Debatte über die Kriegsverhinderung für jetzt und die Zukunft. Während auf dem gleichzeitigen Sozialistischen Politiker Kongress die Frage der Kriegsschuld belange die Hälfte der Tagungszeit in Anspruch nahm und schließlich zur Annahme einer langen Resolution führte, deren Einzelheiten von jedem halbwegs klarschauenden Gewerkschaftler längst als Selbstverständlichkeiten anerkannt sind, wurde vom Internationalen Bergarbeiterkongress schon am ersten Verhandlungstage der Standpunkt vertreten, daß Vergangenes vergangen sein soll, und festgesetzt, daß im Fall eines neuen Krieges der internationale Bergarbeiterstreik erklärt werden müsse. Und in der Frage der Sozialisierung bedacht der Kongress kurz und bündig, daß alle Länder endgültig für die Nationalisierung oder Sozialisierung der Bergwerke eintreten, ebenso für die Befestigung der kapitalistischen Besitzrechte und die Durchführung der Kontrolle und Verwaltung der Bergbaubetriebe durch Vertreter der Staaten, der beteiligten Arbeiter und der Kommunen. Der Sekretär jeder angeschlossenen Organisation hat dem Internationalen Bureau in jedem Vierteljahr über die Fortschritte, die in jedem Lande zur Erreichung dieses Zieles gemacht werden, Bericht zu erstatten. Der übrige Teil der Verhandlungen war neben der Berichterstattung aus den einzelnen Ländern der Beratung neuer Satzungen des Internationalen Bergarbeiterbundes gewidmet und führte ohne größere Auseinandersetzungen fast durchweg zu einstimmig angenommenen Beschlüssen. Zu einer besonders eindrucksvollen Stimmung kam es jedoch nach der einstimmigen Annahme der Resolution über den Generalstreik gegen den Krieg. Dieser Beschluß rief im Saal ungeheure Begeisterung hervor, die sich noch steigerte, als die französische Delegation die Internationale anstimmte. Stehend huldigte der Kongress diesem geschichtlichen Augenblick. Mit dieser feierlichen Kriegserklärung der Bergarbeiter gegen den Militarismus der ganzen Welt beginnt ein neuer Abschnitt in der Weltgeschichte. Und die englischen Bergarbeiter haben inzwischen schon gehandelt. Sie haben Schulter an Schulter mit andern englischen Gewerkschaften erst in den letzten Tagen ihrer Regierung klargestellt, daß die englische Arbeiterklasse ihre ganze Kraft einsetzt, um der wahnwinnigen Krieges- und Gewalt-politik der Entente ein Ende zu setzen. Und zu gleicher Zeit haben die deutschen Gewerkschaften durch eine gemeinsame Kundgebung mit den politischen Arbeiterparteien zu versetzen gegeben, daß auch sie alle ihre Kräfte einsetzen werden, um hriegserlösende Vermittlungen von Deutschlands Gauen fernzuhalten. Die englische Regierung kann

„Die Zukunft der Gewerkschaftsbewegung“

Unter dieser Überschrift brachte Kollege A. W. Schmidt (Berlin) einen Aufsatz in Nr. 86 des „Korr.“. Er begann ihn mit dem Satz: „Als durch die Revolution einige Gewerkschaftsforderungen, wie Achtstundentag usw., mit einem Schlag erfüllt waren...“ Wenn man diese Einstellung liest, dann regt sich sofort der Widerspruch, da es keineswegs zutrifft, daß der Achtstundentag nur eine Gewerkschaftsforderung war, sondern er war doch, wie wir alle wissen, eine Forderung des proletarischen Klassenkampfes, für deren Verwirklichung die Gewerkschaften sowohl wie die ehemals geeinte Partei in heilem Ringen jahrelang gekämpft haben. So wurde der Boden vorbereitet zur Erfüllung dieser Forderung.

Wenn im gleichen Almszuge gelang wird, die Gewerkschaften in ihrer heutigen Struktur hätten sich unfähig erwiesen, die soziale Revolution mit dem Ziele der wirtschaftlichen Umstellung weiterzuführen, so daß von verschiedenen Seiten die Notwendigkeit des Weiterbestehens der Gewerkschaften angezweifelt würde, so können wir diese Zweifel ja so genau, als daß uns deren Bedenken erhebliche Schmerzen bereiten könnte. Mit dieser Behauptung ist noch gar nichts bewiesen, da die Auswirkungen der Tätigkeit der Gewerkschaften unter der durch die Revolution geschaffenen Gestaltung der wirtschaftlichen und politischen Lage sich noch nicht endgültig beurteilen lassen. Alle Anzeichen deuten jedoch darauf hin, daß die von den Gewerkschaften im allgemeinen gelebte Politik, die unter den gegebenen Verhältnissen allein richtige war und ist.

Es ist daher auch nicht richtig, zu sagen, durch die Arbeitsgemeinschaften sei versucht worden, den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaften zu verwischen. Denn in den Arbeitsgemeinschaften erhalten diese einen klaren Einblick in das innere Geheisse des Wirtschaftslebens und in die Verknüpfungen des Kapitals, was auf anderem Wege schwer möglich ist. Gerade die lebendige Erkenntnis dieser Zusammenhänge der Wirtschaft führte doch zum großen Teil dazu, daß das Proletariat die Erzeugnisse der Revolution nicht so auszunutzen konnte, wie es im Sinne eines sozialistischen Strebens notwendig war. Da die in der Zusammenarbeit mit dem Unternehmertum gewonnenen Erfahrungen aber im proletarischen Bestreben nach zweckentsprechender Anwendung finden sollen und auch finden, so stellen die Arbeitsgemeinschaften eine Stufe im Klassenkampf dar.

Mit dem Kollegen Schmidt bin ich jedoch darin einer Meinung, daß wir heute mehr denn je einen festen Zusammenhalt der Arbeiterschaft in allen ihren Teilen nötig haben. Er zitiert Karl Marx und weist darauf hin, daß die Arbeiterschaft als Klasse dem Kapital nur im politischen Kampfe gegenüberstehen kann. Das ist durchaus richtig. Nur muß man sich hüten, statt politischen Kampf parteipolitischen Kampf zu meinen.

Gerade in dieser Frage haben die Gewerkschaften die Forderungen der neuen Zeit recht gut begriffen und auch danach gehandelt. Ich will nur an den Rapp-Putsch erinnern. Hier waren es die Gewerkschaften, die vor den politischen Parteien, wirtschaftliche Forderungen und „praktische Arbeiterpolitik“ vertraten mit so gewaltiger Macht, daß der Ansturm der Reaktion auf die freibeweglichen Erzeugnisse des Volkes stend zusammenbrach. Wenn die Vereinbarungen und Forderungen dieser Lage nicht so ausgeübt werden konnten für die arbeitenden Massen, wie es wünschenswert war, so lag dies einzig und allein an der behaglichen Wertung der Arbeiterschaft auf politische Gebiete.

Als eine Aufgabe der Opposition wird es nun bezeichnet, daß in den Gewerkschaften politische Arbeit geleistet wird, ohne die revolutionäre Bewegungsfreiheit der Arbeiterschaft zu hemmen. Es gibt doch wohl kaum einen sozialistischen Arbeiter, der jemals den Forderungen gehorcht hätte, der Kapitalismus würde auf seine Machstellung unserer schönen Augen wissen verzichten. Wenn die politische Arbeit aber so ausübt wie in den Gewerkschaften, in denen die neue Richtung gewerkschaftlicher Anschauung führend geworden ist, dann können wir auf dem Wege weitergehen, auf dem wir uns bisher befinden. Denn die Praxis unterscheidet sich trotz aller schönen Reden in keiner Weise von der Tätigkeit der „vorkindlichen“ Richtung. Man rennt elegantlich ja nur offene Sänen ein und schafft innerhalb der Gewerkschaften künstlich Gegenläge, die die politische Arbeit mehr hemmen als vorwärtsstreben.

Es trifft auch nicht zu, wenn man sagt, nur auf revolutionärem, nicht auf evolutonärem Wege sei die Umstellung in die sozialistische Gesellschaft zu erreichen, da es der Arbeiterschaft in jahrzehntelangen Kämpfen auf evolutonärem Wege nicht einmal gelungen sei, den Achtstundentag durchzudrücken, dazu mußte erst eine Revolution kommen. Letzten Endes ist dies nur ein Spiel mit Worten. Ist etwa der Gedanke an den Achtstundentag unzulässig, über Nacht, aufgeschaut? Ist seine Durchführung nicht erst möglich geworden dadurch, daß er in allen

diesen Kämpfen gleichsam in die Arbeiterhüte eingebümmert wurde? Nur so ist es zu verstehen, daß seine Einführung eine gewisse Selbstverständlichkeit wurde und heute bereits viele gar nicht mehr ermitteln können, welche Opfer es gekostet hat, um so weit zu kommen.

Hierin zeigt sich ganz klar, daß die Gewerkschaften und ihre Führer stets das eine hohe Ziel im Auge hatten und heute noch haben, nämlich die Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische, für und durch die Gesellschaft bezielene Gemeinwirtschaft. Es trifft daher nicht zu, wenn man es so darstellt, als ob nur die Wege der Opposition diejenigen sind, die zum Ziele führen. Es führen viele Wege nach Rom! Bis hier hat die Entwicklung gezeigt, daß wir auf dem richtigen Wege sind.

Daher kann man auch von keiner Enttäuschung sprechen, die uns die Generalversammlung in Nürnberg durch ihre angeblich mangelnde Latkraft zur Neuorientierung bereitet hat. Dies kann nur eine rein subjektive Auffassung sein, da nach allem, was bisher in dieser Richtung zu beobachten war, gerade das Gegenteil einer Enttäuschung sich zeigte.

Wenn uns aber die Opposition auf dem Wege, den uns die Entwicklung vorschreibt, mit zwingender Notwendigkeit zu gehen, begleiten und kräftig mit Hand anlegen will, die Straße zu ebnen, dann wird es uns freuen. Um so eher wird der Tag herankommen, an dem auch wir in unserm Hause den Bruderszwist begraben können, zum Nutzen unserer Organisation und zum Besten der ganzen gewerkschaftlichen Bewegung.

Berlin-Seglitz.

Georg Pösch.

Noch etwas über Gegenläge

(Entgegnung an den Kollegen H. R.-ch in Leipzig, „Korr.“ Nr. 86 vom 5. August 1920)

Das Gebeh der Kaufkraft — das Gebeh von Ursache und Wirkung — ändert selbstverständlich niemand. Es ist jedoch notwendig, die zwei Begriffe richtig anzuwenden, damit die Wirkung nicht als Ursache erscheint. Der „Radikalismus“ ist nicht die Ursache, die die Arbeiterschaft nicht zur gesunden Wirkung kommen läßt, sondern der „Radikalismus“ ist die Wirkung des Revolutionismus-einstells und der brutalen Macht der Bourgeoisie anheimfällt. Ferner ist der „Radikalismus“ nicht die Ursache, die die „Ausgleichung“ zwischen Kapital und Arbeit nicht zustande kommen läßt, sondern das Kapital ist die Ursache, die jede „Ausgleichung“ unmöglich macht, weil es eine Herrschaft, also eine Ursache voraussetzt, die die Wirkung des verschärfsten Klassenkampfes in sich birgt. Karl Marx sagt hier zum Beweise: „Das Kapital ist die Herrschaft der aufgekauften Arbeit über die lebendige Arbeit.“ Galt es demnach der Gedanke „Kapital und Arbeit sind keine Gegenläge“, und der Kollege H. R.-ch schließt daraus, „ohne Kapital keine Arbeit und ohne Arbeit kein Kapital“.

Dadurch, daß die Arbeit die Arbeitskraft des Arbeiters ist und er mehr Werte schafft, als er durch seine Produktionskosten wert ist, schafft er neues Kapital, welches ihn wieder, solange das kapitalistische System vorhanden ist, nicht als gleichberechtigt an seine Seite stellt, sondern ihn zum Diener macht, um neuen Mehrwert zu produzieren.

So ist die heutige Entwicklung und daraus entstehende Arge der Kapitalisten untereinander, um die Erweiterung ihres Ausbeutungsgebietes, ferner Arge des Proletariats gegen das Kapital. Die Entwicklung der Welt kann man deshalb nicht egoistisch nennen, mag sie durch diese oder jene Verhältnis hervorgerufen sein. Egoismus ist, wenn ein Individuum sich auf Kosten anderer Vorteile verschafft! Wenn aber ein Mensch einer Klasse — oder die ganze Klasse — für seine Interessen auf Grund der Entwicklung im Interesse der Entwicklung seiner Klasse kämpft, so ist es niemals Egoismus, sondern der Grund der Kaufkraft, der Ursache und Wirkung. Will man sonst Karl Marx, Friedrich Engels, Weber und Liebknecht als Egoisten hinstellen? Was würde über ein Armutzeugnis für die Arbeiterschaft bedeuten.

Lübeck.

Heinrich Treumann.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Aue. Am 11. Juli feierten die Kollegen unserer Mitgliebschaft mit ihren Angehörigen das Johannistfest. Den Nachmittag verbrachte man im Garten, wo man am Schießstand oder Quadratstische dem Glück die Hand bot. Die Kinder wurden mit Kaffee und Kuchen bewirtet. Am Abend fand im Saale ein Länzchen statt. — Am 18. Juli hielt unsere Mitgliebschaft mit den Kollegen der umliegenden Ortschaften eine Bezirksversammlung ab. Bezirksvorsteher Kraiser (Zwickau) gab einen ausführlichen, interessanten Bericht über die Generalversammlung in Nürnberg. Das Wort des Redners ihre Wirkung nicht verfehlten, zeigte die anschließende rege Aussprache, aus welcher man entnehmen konnte, daß die

bleigen Kollegen im großen und ganzen mit den Arbeiten und Beschäften der Generalversammlung einverstanden sind. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten dankte Vorsitzender Bisker dem Referenten und appellierte an die Leiter nur in geringer Zahl erschienenen Kollegen, das Gedächtnis zu beherzigen.

-n. Ehemalig. Die Vereinigung der Stereotypen- und Galvanoplastiker im Gau Erzgebirge-Bohland hielt am 11. Juli ihre diesjährige Halbjahrsversammlung ab. Vertreter waren die Orte Ehemalig, Zwickau und Mittweida, während Plauen und Annaberg infolge unglücklicher Zugerbindung fehlten. Kollege Reinhold (Dresden) hatte das Referat über unsern Nürnbergerkongress übernommen und erledigte sich dieser Aufgabe in selbstverständlicher Weise. In der anschließenden Aussprache behandelte man allseitig das Einverständnis mit den gestifteten Beschüssen. Man kam dahin überein, um den finanziellen Verpflichtungen genügen zu können, den Monatsbeitrag vom 1. Juli ab auf 1 Mk. zu erhöhen. Dem Kollegen Reinhold auch an dieser Stelle nochmals Dank für seine Ausführungen. — Die im vergangenen Jahre beschlossene Migration für unsere Sparte war infolge von Erfolg, als wir Plauen wieder für uns gewinnen konnten. Über von den meisten Orten, wo Stereotypen beschäftigt werden, hat sich bis jetzt noch nichts gerührt, z. B. Reichenbach, Aue, Markneukirchen, Werdau, Krimmitschau, Glauchau u. a. Sollen sich diese Stellen dazu, die betroffenen Kollegen an ihre Pflichten zu erinnern.

Kamburg. (Machtneseler.) In der Generalversammlung am 25. Juli erstattete Kollege Paul Schmidt ausführlichen Bericht über den dritten deutschen Maschinenlehrekongress. Anschließend gab der Vorsitzende Pieczak einen Rückblick auf die zehnte Generalversammlung des Verbandes: Beide Referate wiesen eine rege Debatte aus. Die neue Gauenstellung wurde zur Einführung ab 1. Oktober beschloffen. Als Vorrede für die drei Gauen sind Hamburg, Kiel und Schwerin in Aussicht genommen. Der Zeit Rechnung tragend, stimmte die Versammlung einer Erhöhung des Beitrags auf 1,50 Mk. ab 1. August zu.

Kaiserlautern. Am 26. Mai beriefte uns Kollege Conradt zum erstenmal als Gauvorsteher über „Gauvorsteherkonferenz und Tätigkeitsaufstellung“. Die Konferenz trat der Auffassung anderer Vertreter bei, obwohl mancher Wunsch gänzlich unberücksichtigt blieb. — Der 27. Juni brachte uns eine Bezirksversammlung mit der Zugnummer: „Bericht von Nürnberg“. Nach dem Berichte vom Kollegen May hielten alle Diskussionen der Arbeit der Generalversammlung auf. Die Berichte über die tarifliche und organisatorische Lage im Bezirk lauteten beherzigt. Sogar Alms hat fast mit einem Aach Gleichschritt gehalten. Dort war die Tätigkeit der tariflichen Instanzen außerordentlich fruchtbringend. In der gleichen Versammlung konnten wir den Kollegen Lechewitz für 25jährige Mitgliebschaft ehren und dadurch unsere Veteranenrolle verlängern. — Mit den Anfragen zu den Tarifverhandlungen befahte sich die Versammlung am 24. Juli. Eine Resolution, in der unsere Forderungen niedergelegt sind, wurde dem Verbandsvorstand übermittleit. In der Aussprache kam deutlich zum Ausdruck, daß mit dem Ausbau der Tarifgemeinschaft kein Abbau, wie sie es auflassen, zu verstehen ist. Die es angeht, möchten wir eruchen, dafür zu sorgen, daß der Versammlungsbuch sich nun wieder hebt.

Leipzig. (Schriftkneiber.) In der Halbjahrsversammlung am 22. Juli erstattete Vorsitzender Kelle nach Erledigung einiger geschäftlichen Mitteilungen den Vorstandsbericht über das verlossene Halbjahr. Auch im laufenden Jahre beherzigt das Tarifwesen das Verbleiben. Die Schwierigkeiten bereiten uns die Kleinmeister. Es bedarf oftmals der energischsten Nachhilfe, um dort den Carl zu Geltung zu bringen. Die infesto geführte Migration hatte eine weitere Steigerung unsern Mitgliebszahl zur Folge. Drei Kollegen sind ausgetreten, da sie nicht wieder zu dem Berufe zurückkehren. Der Klassenbericht zeigte noch immer keine Besserung unter fruchtigen Finanzlage. Die wachsenden Ausgaben machten eine weitere Steigerung des Mitgliebsbeitrags notwendig. Die Festkommision gab einen kurzen Bericht über das Stilleungssekt, das bei außerordentlicher Beschäftigung einen sehr guten Verlauf genommen hat. Ein kleiner finanzieller Beitrag wurde unter den Arbeitslosen verteilt.

A. Mains. In der Bezirksversammlung am 24. Juli, in der die Lehrlinge nebst Eltern recht zahlreich erschienen waren, wurde die Gründung einer Lehrlingsabteilung vorgenommen. In einem gutausgearbeiteten Referat legte Kollege Müller „Giel und Zweck der Lehrlingsorganisation“ dar. Ausgehend von den Zusammenhaltbestrebungen unter den Menschen schon zu ältester Zeit, aus Gründen des Selbsterhaltungstriebes, sowie dem Zerkfall derilden und Zünfte bis in die spätere und jüdische Zeit, verwarf die Redner der aufmerklich lautendenden Führerschaft den Werdgang der freien Arbeiterorganisationen, insbesondere der Buchdruckerorganisation, darzutun. Die Lehrlingsordnung und die Lehrlingsorgan-

